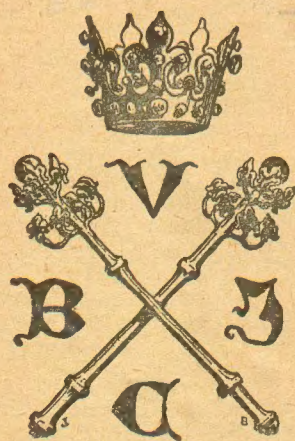


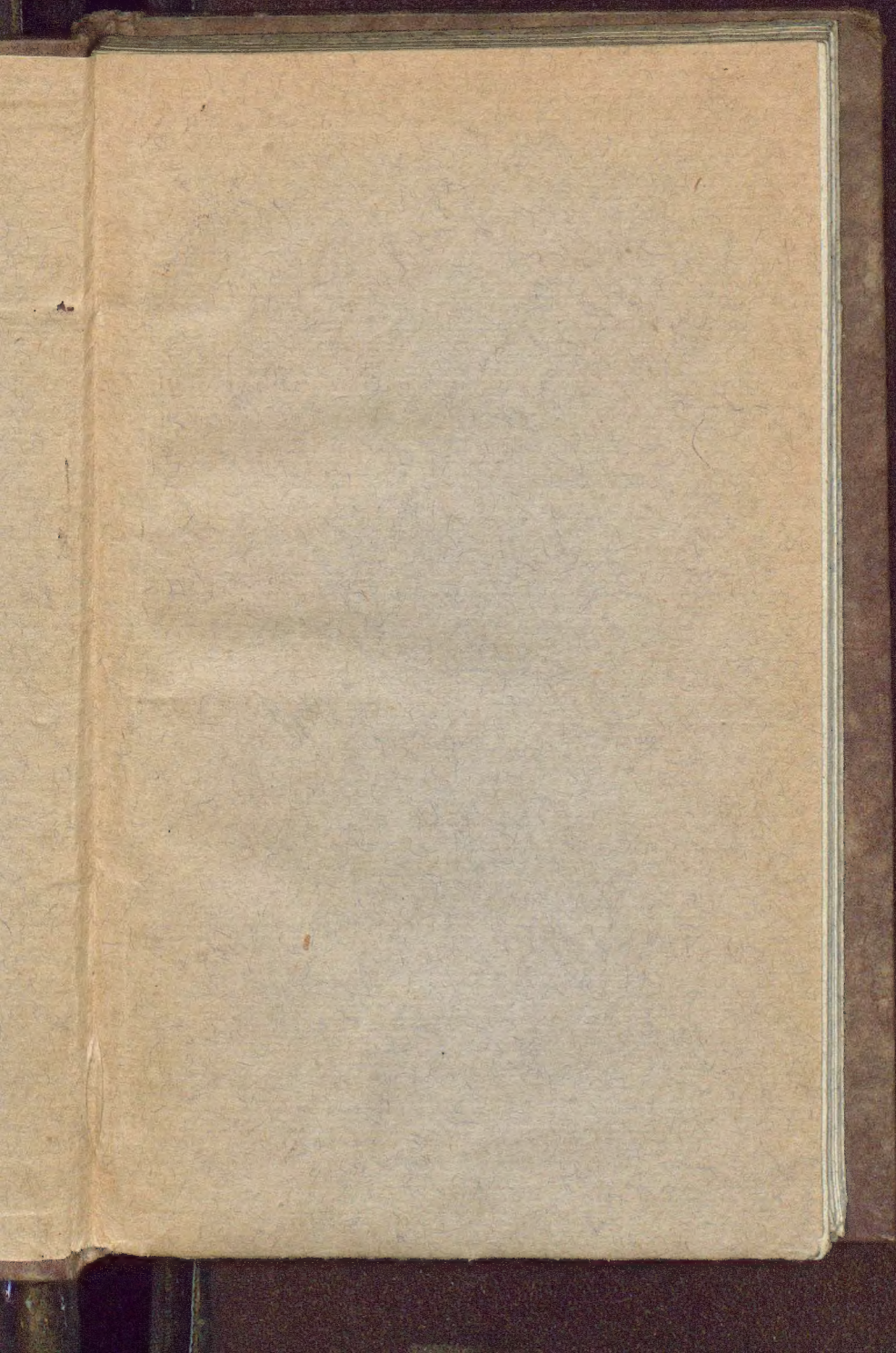


18532

I Mag. St. Dr. P



18532



de
Ner
Jure

die

in

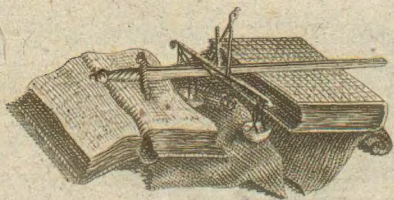
öffentl
A

0798. 1/2ctw

Ueber
das polnische Reichsgrundgesetz:
Neminem captivabimus, nisi
Jure victum aut in maleficio
deprehensum etc.

Nebst
Bemerkungen
über
die Justizverfassung in Polen
bis
ins funfzehnte Jahrhundert.

Von
Steiner,
öffentlichem Lehrer am Königl. und der Republik
adlichen Cadetten-Corps zu Warschau.



Berlin, 1791.
bey Carl Wandorff.

h



18532.I

D
min
vict
der
eine
sche
gen
selb
im
ehe

S. I.

Das in Polen so berühmte Gesetz: Neminem possessionatum captivabimus, nisi Jure victum aut in maleficio deprehensum etc. hat der Adel dieses Reichs zu allen Zeiten als eine der vornehmsten Stützen der polnischen Freyheit angesehen. Die Bewegungen sind bekannt, welche in Ansehung desselben auf dem noch stehenden Reichstage im Jahr 1789 entstanden sind, da der ehemalige, nunmehr seiner Ehre, Ge-

schlechtsnahmens und Würden entsetzte Fürst
 Adam Poninski verschiedener Staatsver-
 brechen beschuldiget und auf dem Reichs-
 tage der Antrag gemacht wurde, daß ein
 Reichstagschluß gemacht werden möchte,
 vermöge welches man sich der Person des
 anzuklagenden bis zum Austrag des
 Prozesses versichern möchte. Auch in dem
 folgenden 1790sten Jahre war dieses Ge-
 ses der Gegenstand sehr starker Debatten,
 welche bey Gelegenheit der Revision der
 Reichsgrundgesetze darüber vorkamen. Ver-
 gebens wird man bey polnischen Staats-
 rechtslehrern hierüber etwas gründliches
 und zusammenhängendes suchen, und ich
 glaube deutschen Statistikern einen nicht
 unangenehmen Dienst zu leisten, wenn ich
 ihnen meine Bemerkungen darüber mit-
 theile.

Zuför-

§. 2.

Zuförderst will ich das hauptsächlichste hier gehörige aus den Reichsgesetzen hersehen. Das Statut König Wladyslaw Jagiello's lautet beym Herburt folgendermaßen:

„Nullum Terrigenam possessionatum pro aliquo excessu vel culpa capiemus seu capi mandabimus nec aliquam vindictam in ipso faciemus, nisi rationabiliter in Iudicio convictus et ad manus Nostras vel Nostrorum Capitaneorum per Iudices Eiusdem Terrae, in qua idem Terrigena residet, praesentatus fuerit: excepto illo, qui in furto vel publico maleficio, utpote incendio voluntario, raptu virginum aut mulierum, villarum depopulationibus et spoliis deprehenderetur. Similiter exceptis illis, qui de se nollent debitam facere cautionem vel dare iuxta quantitatem excessus vel delicti“

Die nachfolgenden Könige bis zu August dem Dritten haben dieses Statut theils unter der Benennung des Privilegii de non captivandis nobilibus, theils aber, ohne ausdrückliche Erwähnung desselben, durch die ihren speziellen Angelobungen beugefügte Clausel der Generalbestätigung aller Rechte des Adels, bestätigt. Die Pakta Conventa des jetztregierenden Königes Stanislaus Augusts enthalten hiers über folgendes:

„Cavemus, quod neminem captivari, nisi Jure victum, permittemus — ad mentem Statuti Wladyslawe Jagielly“ (Vol. Leg. Regni VII. p. 200.)

Ausführlicher ist die Stelle in dem zweeiten Separatakt, welcher dem mit Rußland im Jahr 1768 geschlossenen Traktat beugefüget worden ist, und die Reichsgrunds
gesetze

gesetze enthält, welche damahls aufs neue bestätigt wurden. Der 6te §. desselben lautet in dem lateinischen Vol. Leg. VII. p. 597. folgendergestalt:

„Securitatem libertatis nobilium, olim Statuto Uladislai Jagiellonis constitutionibusque Reipublicae apprimè firmatam; in prisco semper vigore suo permanere volumus. Itaque neque Serenissimo Regi feliciter regnanti, neque Regibus eius Successoribus, neque quibusvis eorum Magistratibus, neque cuipiam alii sive autoritate gesti muneris sive potentiae vi, ut memoratum Statutum indicat — licitum erit, quenquam e Terrigenis incolis *) ob crimen aliquod aut delictum comprehendere, nisi prius ad congruum subfellium

U 4 cita-

*) In der polnischen Urkunde dieses Separatartikels heißt es: Ziemianina osiodlego: au: säßiger Edelmann.

citacus et de eodem scelere plene convictus fuerit. Porro eximendi hoc Legum patrocinio erunt cuncti Sicarii **) in recenti crimine deprehensi (recentis autem criminis rationem iuxta morem veterum legum spatio unius anni et sex septimanarum ***) describimus:)

**) In dem polnischen: Wszelacy Zaboycy: Todtschläger aller Art.

***) Diese Worte bringen mich auf einen Umstand, welcher den Ständen bey Revision dieses Grundgesetzes entgangen zu seyn scheint, da der Schluß des Reichstages nach vielen Debatten über vorgeschlagene Veränderungen und Verbesserungen endlich dahin ausfiel, daß es bey dem bleiben solle, was hierüber in den Reichsgesetzen schon enthalten ist. Man erwäge aber nur, daß die Worte, welche gegenwärtige Anmerkung veranlassen, keinen andern Sinn zulassen, als den; daß die *Recentia delicta* in einem Jahre und sechs Wochen veräbht seyn soll. Das kan aber ganz unmöglich die Meinung

bimus) item latrones, fures aggressores in
itineribus et domibus, imo ad firmandam

U 5

cuius

der Stände gewesen seyn, und es vasset
auch schlechterdings nicht zum wahren Be-
griffe eines *Criminis recentis*, nach wel-
chem in Polen der mit Gütern ansäßige
Edelmann, ohne vorhergehende Vorladung
vors Gerichte, sogleich fest genommen wer-
den kan. Auch kan man nicht sagen, die
Meinung der Stände sey gewesen, die Ver-
jährungszeit der *Delictorum* überhaupt in
gedachten Zeitraum einzuschließen: denn die-
ser Meinung stünde der Ausdruck: *cuius*
Recentiae und das ganze Object dieses Ar-
tikels gerade entgegen. Zwar beruft sich die-
ser 6te §. des Separataktes auf *morem*
veterum legum: Aber es findet sich, so
viel ich wenigstens bemerken können, in kei-
nem ältern Statut das, was die in Waren-
thesi im 6ten §. eingeschlossene Worte wol-
len. Zwar sagt König Alexander in einem
Statut vom Jahre 1505: *Tempus recentis*
criminis sit annus et sex hebdomadae.
Aber man betrachte nur dieses Statut in

cuius Civi securitatem vitae et tranquillitatem domesticam, ex communi Juris Regula,

seinem ganzen Zusammenhange, so wird man bald gewahr werden, daß der Ausdruck *Recens crimen* in demselben gar nicht in seiner wahren, auch in Polen angenommenen Bedeutung, genommen ist. *Subditi Nostri Maioris Poloniae*, praesertim de *Capitaneatu Posnaniensi*, *Citationibus Capitaneorum* vehementer se gravari. Quam obrem decernimus, quod *Capitaneus citare non debeat ad querelam*, nisi pro *expulsione Domipac dotalitalis* et pro *recenti Crimine*. Tempus autem *recentis criminis* sit annus et sex hebdomadae. Nun steckt aber nach uralter Gewohnheit der große Unterschied, ob der ansässige Edelmann citirt werden muß, oder ob er, ohne Citazion, sogleich in Verhaft genommen werden kan, gerade darinnen, ob er auf der That, in *recenti*, ergriffen worden ist, oder nicht. Im letzten Falle kan er nicht in Verhaft gezogen, sondern er muß

gula, — inuasor a seipso occiditur — eius-
modi hominis invindicabile Caput decerni-
mus

erst, wie selbst aus dem mehrmahls ange-
führten 6ten §. des zweeten Separataktes,
ganz deutlich erhellt, ad congruum subse-
quium citirt werden, um zuvor gerichtlich ge-
hörig seines Verbrechens überwunden zu wer-
den. Wenn also das Statut König Alexan-
ders die Fälle bestimmt, in welchen der
Capitaneus citare potest ad querelam,
so redet er offenbar nicht von Fällen einer
deprehension auf frischer That; von wel-
chen das Jagiellonische Statut redet, als
von einer Ausnahme, Kraft welcher ein mit
Gütern angefassener Verbrecher sogleich ge-
fänglich eingezogen werden kan. Dithin
muß dem Ausdruck Recens Crimen im
Statut R. Alexanders eine ganz andere Be-
deutung unterlegt werden, als die wahre
und eigentlich gewöhnliche ist, und selbige
ergiebt sich von selbst aus dem ganzen Zu-
sammenhange des Statuts. Kann der Ca-
pitaneus nur innerhalb eines Jahres und
sechs Wochen einen Verbrecher ad querelam

mus in perpetuum, qui congruo in sub-
fello invasionis ædium alienarum aut latro-
cinii

zitiiren: so folget, daß nach Verfluß dieser Zeit dieser Criminalbeamte den Verbrecher nicht mehr zitiren kan, oder mit andern Worten, das ganze *Delictum* überhaupt ist verjähr't. Die wahre Meinung K. Alexan- ders also ist, in diesem Statut die Ver- jährungszeit der Delictorum überhaupt zu bestimmen und bey ihm sind recentia Cri- mina diejenigen Verbrechen, welche noch nicht ganz und gar verjähr't sind.

Hieraus nun erhellet ganz offenbar, daß in dem angeführten 6ten §. des angeführten zweeten Separataktes vom 1768sten Jahre, der wahre Begriff eines Criminis.Recentis, wie derselbe nach dem Statut König Wla- dyslaw Jagiello's, und aus uralter Gewohn- heit in Polen, wie auch der allgemeinen Praxi, sich ergiebt, mit einem andern ganz uneigentlichen, diesem Ausdruck in dem ge- dachten Statut König Alexanders unterleg- ten, vermischt worden sey.

cinii in publica via, convictus sufficienter fuerit.“

§. 3.

Deutlicher und bestimmter ist hierinnen das litauische Recht. Ich überseze hier folgende Stelle aus dem Statut dieses Großherzogthums Cap. 4. Art. 30. „Wer auf frischer That der obengedachten Artikel ergriffen wird, der soll, wes Standes er sey, ohne Ladungen gerichtet werden. Dieses Ergreifen eines Ansässigen auf frischer That soll verstanden werden, wenn er gerade zu der Zeit ergriffen wird, da er das Verbrechen begeht. Sollte aber ein solcher sich nicht fest nehmen lassen, oder entwischen, oder sich verstecken, den soll es erlaubt seyn mit Hülfe des (Groß) Amtes zu suchen, jedoch nicht länger, als vier und zwanzig Seigerstunden von Vollbringung der That an gerechnet. Es wäre denn, daß er in sein adliches Gut oder Haus entsprungen wäre. Denn in solchem Falle kan er nicht fest genommen, sondern er muß sitirt werden.“

S. 3.

Das sind nun die vorzüglichsten Reichsgesetze, vermöge welcher in dem angezeigten wichtigen Falle, nemlich in der Sache des ehemaligen Kron-Groß-Schatzmeisters, viele Landboten und Senatores sich dem Antrage, daß man sich, in Kraft eines zu machenden Reichstagschlusses, der Person des Anzuklagenden bis zum Austrag seines Prozesses versichern möchte, stark widersetzen. Indessen gieng doch endlich dieser Antrag wirklich durch, und die Kriegskommission erhielt Befehl, dafür zu sorgen, daß der Angeklagte iederzeit vor Gericht gestellt werden könnte. ****)

Er

****) Es scheint in der Natur republikanischer Berathschlagungen zu liegen, daß in gewissen Fällen eine und dieselbe Sache mit andern Worten ausgedrückt wird, die

Er wurde also in engen Arrest gebracht. Die Landboten, welche diesen Antrag gethan hatten, unterstützten ihre Meinung, daß solches kein Eingriff in die Grundgesetze seyn würde, damit, daß der Anzusklagende zwar Güter besäße, diese aber mit Schulden so überladen wären, daß man denselben, nach dem Sinn und der Absicht des Gesetzes, unmöglich für einen Possessionaten ansehen könnte. Wichtiger aber war ein anderer von diesen Landboten angeführter Grund, daß nemlich das Gesetz: *Neminem captivabimus etc.* ein Theil der *Pactorum Conventorum* des Königs sey,

mithin

die Sache viel gelinder ausdrücken und von einer andern Seite zeigen. So war es bey den Römern mit dem *Hostem populi Romani judicare*, und dem *adversus Rempublicam fecisse videri*.

nithin also bloß dem angelobenden Könige, keinesweges aber der in ihren Ständen versammleten Nation die Hände binde. Dieses alles hat mir Veranlassung gegeben, der Sache nachzudenken, und da, wie man aus den im 2. §. dieser Abhandlung angeführten Stellen der Reichsgesetze bemerkt haben wird, alles, was in dieser Materie in neuern Zeiten verhandelt worden ist, sich auf das jagiellonische Statut, als auf seine wahre und eigentliche Grundlage bezieht: so will ich versuchen, aus der Justizverfassung in Polen vor und zu den Zeiten des Königs **Wladyslaw Jagiello** eine nähere Aufklärung über diesen Artikel der polnischen Reichsgrundgesetze zu geben. *****)

*****) Herr Naruszewicz, jetziger Bischof von Luck, in seiner Geschichte der polnischen Nation Tom. VI. S. 182, und folg. in verschied-

S. 4.

Die polnischen Staatsrechtsgelehrten halten durchgehends dafür, daß der nur gedachte König *Wladyslaw Jagiello*, uns

B

ter

denen langen Anmerkungen will bey Gelegenheit, da er der Gesetzgebung *Kasimir des Großen* zu *Wielic* Erwähnung thut, eine kurze zusammenhängende Idee von der Justizverfassung in Polen von *Mieczyslaw dem Ersten* an bis zum Vorgänger *Kasimir des Großen*, *Wladyslaw Lobietek*, geben. Aber seine Bemerkungen umfassen mehr solche Dinge, welche in andere Zweige der Staatsverwaltung einschlagen, als eigentliche Gesetzgebung und Justizverfassung, und das kommt daher, daß die Polen in ihrer Sprache alle Anordnungen der landesherrlichen Gewalt, sie betreffen, welchen Theil der Staatsverwaltung sie immer wollen, *Prawo* (Gesetz) nennen, und also alle Anordnungen der höchsten Gewalt zusammen *Prawoda* *wotwo* (Gesetzgebung) nennen. Zu meinem gegenwärtigen Zwecke finde ich also fast gar nichts darinnen. Ich will aber doch

ter den polnischen Königen der erste gewesen sey, welcher dem ansässigen Adel dieses Privilegium verliehen habe. Ich finde gegen diesen Satz zweierley zu bemerken.

Das, was in gedachten Anmerkungen des Herrn Bischof von Luck zur Justizverfassung gehört, dem Leser hier gelegentlich kurz mittheilen. Seite 183. von den Ordaliis in Polen per haustum aquae et ferrum candens. Weiter im folgenden von den Palatinal- und Castellansgerichten, daß ein im Wochenbuche des Paprocki eingerücktes Privilegium Boleslaw des Ersten ihrer schon erwähne, daß sie ihre Unterrichter gehabt hätten und nur gedachter König durch seine Missos nach dem Beispiel der deutschen Könige, genaue Aufsicht über diese Gerichte gehalten habe. Von diesen Castellansgerichten redet Herr Naruszewicz an einem andern Orte etwas weitläufiger, den ich seiner Zeit anführen werde, weil er mehr zu meinem Zwecke gehört und Verbesserungen leidet. Auf den folgenden Seiten kommt der Verfasser auf die Colloquia generalia,

merken. Erstlich ist der Ausdruck Privilegium in dem Verstande, wie man ihn hier nimmt, der Sache nicht angemessen. Denn das Vorrecht, welches in dem jagielloniz-

B 2

schen

welche, wie in Deutschland, die höchste Instanz waren. Aus einigen dunkeln Ausdrücken des Martin Gallus lasse sich schließen, daß dieselben in Polen von Boleslaw dem Ersten eingeführet sind. Der bey eben diesem Martin sogenannte Lex iniqua Boleslaw des Zweerten sey unbekannt. Doch aus einigen Umständen könne man schließen, daß dieses Gesetz den zu den Colloquiis generalibus reisenden Hofleuten erlaubt hätte, dem Landmann seine Felder und Wiesen abzuweiden, und seine Bäume zu verbrennen. Unter Wladyslaw Hermann war das Wehrgeld für einen Todtschlag zwölf Mark Silbers, und unter Boleslaw, dem Schiefmaul, eben soviel, wie aus Urkunden gewiesen wird. Kasimir, der Gerechte, bekam, wie Dlugosz sagt, seinen Namen daher, quod optimarum legum conditor esset: auch rühmt Kasimir der Große in dem

schen Statut dem ansässigen Adel zuerkannt wird, beruhet nicht auf einer Verleyhung aus königlicher Macht und Huld, in welchem Verstande hier die polnischen Staatsrechts

Eingänge seiner eignen Gesessammlung die accuratissima Syntegmata und efficacissimas ordinationes dieses seines Vorfahren. Wir kennen aber von allen diesen nur bloß aus dem Kadlubek einige Verordnungen gegen die Ausschweifungen der reisenden Curialium, und gegen das Jus Spolii. Der Vormund Boleslaw des Fünften, Heinrich, Herzog von Schlesien, hat, Dlugosz und Cromern zu folge, viele böse Gesetze mit Rath und Einwilligung der Baronen aufgehoben, unter andern auch eine Auflage virginalis genannt, von welcher auch du Cange unter dem Worte Marchetta handelt, und von welcher im polnischen Rußland sich noch bis zum heutigen Tage Spuren erhalten haben unter dem Rahmen Kunica, vermuthlich vom lateinischen Cunagio. Boleslaw der Fünfte selbst gab der Stadt Liebau förmlich magdeburgisch Recht, und nach

rechtsgelehrten das Wort Privilegium nehmen: sondern das sogenannte Statut König Wladyslaw Jagiello ist in der That ein Paktum der zu Jedlna versamm-

B 3 *leten*

ihm Leszet der Schwarze der Stadt Gensdomir. Beyde Urkunden sind in der Sammlung des jetzt regierenden Königs befindlich. Wladyslaw Lobietek endlich soll, dem Dlugosz in folge, verschiedene Verordnungen und Edikte gemacht haben.

Was nun Kasimir des Großen Legislation selbst betrifft: so verweist Herr Naruszewicz deshalb seine Leser auf ein polnisches zu Warschau 1777. herausgekommenes Werkchen, welches den Titel führet: Kazimirz Wielki. Kasimir der Große. Er nennet den jetzigen Kron-Groß-Marschall Herrn Grafen Mniszech als Verfasser desselben. Man findet aber darinnen bloß eine kurz Darstellung des Inhalts der Statuten dieses Königs ohne alle weitere Untersuchungen.

leten Nation mit dem Könige, vermittelst welches die königliche höchste gerichtliche Gewalt in einem ihrer Theile gegen den größten Theil der Nation, den Adel, (denn damahls machten die Städte auch einen Theil der Nation aus) eine Einschränkung erhält, welche für alle Nachfolger des gedachten Königs, als Grundgesetz, Nichtschnur geworden ist. Zweytens ist es mir gar nicht wahrscheinlich, daß der Adel erst unter der Regierung Wladyslaw Jagiello's zu diesem Vorrechte gekommen seyn, und demselben nicht schon in den vorhergehenden Zeiten dergleichen zu statten gekommen seyn sollte: ob solches gleich erst unter nur gedachtem Könige ein Pactum der Nation mit dem Könige und daher Grundgesetz geworden ist, da es vorher bloß ein in Landesbrauch und Sitte gegründ-

gründetes Vorrecht gewesen seyn mag.
Meine Gründe zu dieser letzten Vermuthung sind folgende:

S. 5.

Zur Grundlage des nur erwähnten jagiellonischen Statuts liegen Begriffe eines wesentlichen Unterschieds in Absicht auf prozessualisches Verfahren zwischen Verbrechen auf frischer That und übernächtigen. Die Erfahrung über die Entwicklung und den Gang solcher Rechtsbegriffe lehrt, daß selbige, vorzüglich bey einer ganzen Nation, sich nicht so plötzlich bilden und verbreiten, als man hier voraussetzen müßte, wenn man behaupten wollte, daß vor der Regierung **Wladyslaw Jagiello's** dieser Unterschied im Verfahren gegen Verbrecher der Nation unbekannt, und in den Rechtsgebräuchen derselben nichts dergleichen zu

finden gewesen wäre, und sey also erwähn-
ter König der Schöpfer eines Vorrechts,
mit welchem der so große Theil der Nation,
dem dieses Vorrecht zu statten kommen
sollte, vorhero nicht im geringsten bekannt
gewesen wäre. Also der Natur der Sache
nach muß man annehmen, daß schon vor
mehrerwähnter Regierung ein Unterschied im
Verfahren zwischen einem auf frischer That
ergriffenen Verbrecher und einem darauf
nicht ergriffenen statt gefunden und bekannt
gewesen seyn müsse. Vermuthlich war ders
selbe mit der sächsischen Sitte und Landes-
gebrauch nach Polen eingewandert. Sächs-
ische Rechtsitte muß in Polen lange vor-
her, ehe Epkow von Repkow seine Samma-
lung machte, eingewandert seyn. Ich schließe
dieses unter andern aus einer Stelle bey
Dlugosß ad ann. 1162. wo er erzählt, daß ein

Edler,

Ebler, Jara von Niechow, nach seiner Zurückkunft von Jerusalem zwey Klöster aus seinen Gütern dotirt und den König gebeten habe, diese Schenkung zu bestätigen, *ne dotatio sua processu temporis a propinquis et cognatis possit labefactari.* Es ist bekannt, daß nach uraltem sächsischen Brauch ohne der Erben Erlaub kein stehend Gut noch Leute vergeben werden konnten. Zwar machte unter Karl dem Großen und einigen seiner Nachfolger der *Lex Saxonum* zum Vortheil des Königes und der Kirche eine Ausnahme von dieser Regel. Aber bald muß der Sachse von dieser Ausnahme völlig wieder abgegangen seyn, da in dem *Sachsenspiegel*, von welchem sein Verfasser sagt:

Dieses Recht habe ich selber nicht erdacht,
Es habens von Alters auf uns bracht
Unsere gute Vorfahren,

sich diese Regel Lib. I. art. 52. völlig wieder ohne erwähnte Ausnahme findet, und also lange vor **Łpfow** von **Łpfow** schon wieder in völligem Gebrauch gewesen seyn muß. Dieser Grundsatz muß also auch in Polen vor gedachtem 1162sten Jahre feste Wurzel geschlagen haben, daher der Edle von **Miechow** seine illegalen Schenkungen durch königliche Bestätigung gegen seine Verwandten zu decken und zu befestigen suchte. Man siehet hieraus zugleich, daß, ungeachtet Polen auch seine Kreuzfahrer hatte, dennoch die großen Veränderungen, welche die Kreuzzüge in Absicht auf Dispositiones mit adlichen Gütern, in Deutschland und in andern Ländern bewirkt hatten, in Polen in der Hälfte des zwölften Jahrhunderts noch nicht eingedrungen waren. Ich finde zwar in der Geschichte der Polen des Hrn. Bischofs

Naru-

Naruszewicz Tom. VI. S. 207. Anmerkung, die Ueberschrift eines beynahen hundert Jahr jüngern Dekrets des Herzogs Kasimir von Kujawien folgenden Inhalts: *Sententia pro Ecclesia Vladislaviensi super villis Slawsko, Darnowo et quod liceat cuque Nobili Bona sua testamentaliter Ecclesiae legare. Actum Cruswicz A. D. 1254. fer. 4. post assumpt. B. V.* und es will daraus der Herr Bischof von Luck in gedachter Anmerkung folgern, daß vorher ein Verbot existiret habe, adliche Güter an Kirchen zu vermachen. Es ist aber diese Voraussetzung eines speziellen Verbots gegen die Kirche, welches ohnedem zu jenen Zeiten gar nicht wahrscheinlich ist, gar nicht nöthig, da wir aus einem, fast hundert Jahre frühern Vorfall, nemlich der von mir angeführten Schenkung unter

Lebens

Lebendigen des Jara von Niechow an die Kirche, mit Grunde auf einen allgemeinen Landesgebrauch schließen können, vermöge welches kein stehend Erbe ohne der Erben Erlaub vergeben werden durfte. Auf diese Regel mögen noch im 1254sten Jahre die Erben des Testators, von dessen Testament das von Herrn Naruszewicz angeführte Defret des Herzogs von Rußland redet, ihre Ansprüche gegründet, der Herzog aber für gut befunden haben, nicht nur das Testament zu erhalten, sondern auch, wie man aus den Worten: *et quod liceat cuique Nobili etc.* schließen kann, in Aufsehung der zu Gunsten der Kirche gemachten Verschreibungen eine Ausnahme von der allgemeinen Regel zu machen. Uebrigens ist der Herr Bischof von Luck an einem andern Orte der Meinung, daß spätestens

testens unter Kasimir dem Gerechten (1178. — 1194.) deutsche Rechte nach Polen eingewandert sind, wozu dieser König selbst Gelegenheit gegeben habe, als welcher sich, wie Herr Naruszewicz in seiner Geschichte unter diesem Könige bewiesen hat, eine Zeitlang in Deutschland, als Geißel für seinen Bruder, bey Kaiser Friedrich dem Ersten aufgehalten hat. Er habe daselbst, meint nur gedachter Geschichtsforscher, gesehen, daß der Adel und die Geistlichkeit sich in denen von den Kaisern erhaltenen Gütern von allen ehemaligen Prästandis so zu befreyen gewußt hatten, daß nur bloß etwas von der Lehnsv Verbindung übrig geblieben wäre. Die polnischen Lehnsmänner und die Geistlichkeit habe, unter gedachtem Kasimir dem Gerechten angefangen, sich Befreyungen von den lästigen

gen Juribus ducalibus, welche zusammen das Jus Polonicum in Gegensatz des nun eingeführten Juris teutonici, genannt wurde, zu verschaffen, habe hierinnen den Deutschen nachgeahmt, und so sey deutsches Recht nach Polen gekommen. Dem sey nun, wie ihm wolle, so bleibt wenigstens soviel gewiß, daß deutsche Rechtsitten und Gebräuche schon in den ältesten Zeiten nach Polen eingezogen sind. Und sollte nicht mit denselben auch eine Kenntniß des Unterschiedes im Verfahren gegen auf der That ergriffene, und darauf nicht ergriffene Verbrecher, ein im sächsischen Landesbrauch so sehr ausgebildeter Unterscheid, mit herüber gezogen seyn? Ich glaube in den Statuten König Kasimir des Großen Spuren davon zu entdecken, die ich nun anführen will.

§. 6.

Nothzucht mußte, nach einem alten, im
 Sachsenspiegel L. II. Art. 74. aufschalteten
 Gebrauch, „Frau oder Magd klagen
 mit Gerüste durch der handhaften That
 und durch der Nothwillen, die sie da be-
 weisen soll.“ Einer der Glossatoren, wel-
 chem man, er sey wer er wolle, Kenntniß
 der Rechtsitte seines Landes, wie selbige
 bis auf seine Zeit hergebracht war, nicht
 absprechen kann, bestimmt dieses näher
 folgendermaassen: „Weib oder Magd, ob
 sie über dergleichen Dinge klaget, die soll
 ihre Schleyer, Stirnbanden und Hauben,
 oder anders, so sie haben, von ihrem Haupte
 reißen, ihr Haar raufen, ihre Hände win-
 den, doch nicht schlecht heulen und schreyen.“
 Man halte nun dagegen, was Rasmus
 der Große in seinem Statut sagt: Qui-
 cunque

cunque viduae vel virgini seu coniugatae opprimendo violentiam fecerit et mulier seu virgo evadens violentiam oppressoris si intra triduum ad villam viciniorem veniens seu in villa existens ad villanos clamaverit plorando vel lacrymando narrando violentiam sibi esse illatam etc. Wozu hier das Anschreyen der Nachbarn des nächsten Dorfes mit Heulen und Weinen und Erzählung des an ihr verübten Frevels, wozu, sage ich, dieses, als in der Absicht, damit die Weibsperson mit Geräusche Flagen konnte, wie es der Sachse nennt?

S. 7.

Eine zwote Spur finde ich in einem andern Statut Kasimir des Großen. „Statuimus, sagt er, ut vicini ad prosequendum furem vocati teneantur et tunc prosequi et auxilium praestare: alias si recusaverint

verint, ad solvendum valorem rei furto ablatæ condemnentur.“ Herbut voce: Fur. Wozu anders soll ein ieder Nachbar gehalten seyn auf Anschreyen des Bestohlenen bey Strafe des Ersazes den Dieb zu verfolgen, als damit der Bestohlene mit den aufgerufenen Leuten über den Dieb mit Gerüste durch der handhaften That klagen könne? So sagt auch der Sachsse: „Wen man auch um Raub oder Dieberey gefangen vor Gerichte führt, über dem soll man auch klagen mit Gerüste durch der handhaften That willen, die man mit den Leuten vollbringen soll.“ Lib. II. Art. 64. War hingegen der Dieb nicht auf der That ergriffen, so war, nach eben dieses Kasimir Statut, eine gar andere Prozedur. Der nemlich, den man des Diebstahls beschuldigte, mußte gebührend vorgeladen und auf vorgeschriebene Weise

E gericht:

gerichtlich überwunden werden, wobei ihm aber die Rechtswohlthat zu statten kam, daß, wenn er sonst in keinem übeln Ruf bey seinen Nachbarn stand, und vorher Diebstahls oder Raubes wegen niemals angeklaget worden war, er mittelst seines Eides der Anklage sogleich ledig werden konnte. Stat. Casimir M. in Vol. Leg. Regni I. p. 30. Nun setze man noch hiezu diesen Umstand, daß die Statuten der Könige die Terrigenas (den Adel) allein angehen, denn die Städte hatten bekanntlich ihre eigne deutsche Rechte, und der Bauer kam nicht in Betrachtung; und so folget aus dem, was eben gesagt worden ist: daß sich schon zu Kasimir des Großen Zeiten ein, wahrscheinlicher Weise aus ältern Zeiten hergebrachter Unterschied im Verfahren gegen Terrigenas gefunden habe,

Habe, je nachdem sie auf dem Verbrechen ergriffen worden waren, oder nicht.

§. 8.

Wenn man nun gleich in den Statuten Kasimir des Großen nicht findet, daß dieser große Unterschied auch in andern, in dem viel spätern Jagiellonischen Statut benannten, Verbrechen beobachtet worden sey: so kan doch aus diesem Mangel einer ausdrücklichen Erwähnung allein nicht gefolgert werden, daß zu Kasimir des Großen Zeiten ein jeder anderer Verbrecher aus den Terrigenis nach Belieben des Königs habe inhaftiret werden können. *****) Vielmehr werden sich für

E 2

das

*****) Wenn gewöhnlich gesagt wird, Polen habe keine Gesetze, Gerichte und Polizen dem Könige Kasimir dem Großen zu verdanken: so muß man dieses unter gehörig

das Gegentheil Gründe ergeben, wenn man das, was oben zu Anfange des fünften S. gesagt worden ist, mit folgenden Thatfachen, die ich weiterhin näher ausführen

ger Einschränkung verstehen. Es ist darüber schon vorher S. 4. Anmerkung **** aus der Geschichte des Hrn. Bischofs von Luck etwas gesagt worden. Ich will aber hier zur Verbesserung oder Ergänzung dieser Bemerkungen des polnischen Geschichtsforschers mehr sagen. Polen hatte lange vor Kasimir dem Großen die Gerichte der Palatine, der Kastellane, der Landkämmerer, und die von den Kastellangerichten, wie gegen Herrn Naruszewicz gezeigt werden wird, ganz unterschiedene Kapitanalgerichte. Gegen alle gewöhnliche Meinung der polnischen Schriftsteller, welche Kasimir den Großen zum ersten Stifter der *Judiciorum terrestrium* machen, setze ich noch hinzu: Polen hatte auch schon lange vor diesem Könige, eigne Landrichter. Dieses beweise ich aus den Statuten dieses Königs selbst. Quia, sagt er Vol.

ren werde, zusammen halten wird, daß
nämlich die Könige des Jusprehendendi
Maleficos durch ihre mit dem Blutbann be-

C 3

lehnte

Leg. I. p. 6. *ex multiplicitate Judicum*
in Causis super eodem facto variae
et diversimodae plerumque sententiae
proferuntur, ideo volumus certum nu-
merum statuere Judicum et occur-
rere varietati praedictae. Statuimus igitur,
quod *unus* in Cracoviensi et *alter*
in Sandomiriensi Terris Judices Nostri
habeantur, und nun sezet er die Gewalt
dieser Richter fest ad quaslibet Causas
magnas etiam haereditarias und so wei-
ter. Wenn also Kasimir da, wo vorher
multiplicitas Judicum in eodem facto
decidendo variantium war, die Menge
dieser Richter ad certum numerum her-
absetzet, so ist ja das offenbar bloß eine Ein-
schränkung der Anzahl der Richter, nicht
aber eine neuerrichtete Jurisdiction, und
es waren also schon vor Kasimir dem Gro-
ßen Richter in Streitigkeiten über adliche

lehnte Richter, die königlichen Capitaneos, ausgeübet haben, und daß erweislich die Gerichtsbarkeit dieser Richter schon lange vor

Güter, und die Anzahl derselben verringerte Kasimir und setzte einige neue Modificationen hinzu. Vollig so hat es dieser König in Absicht auf die Anzahl der Richter mit den Palatinalgerichten gemacht, welche doch unstreitig schon lange vor ihm in Polen existirten. Item, saget er eben daselbst pag. 7. in einem andern Statut, ut Palatini certo numero suorum Judicum sint contenti statuimus, quod secundum tempora antiquiora Palatinus Sandomiriensis uno et Palatinus Cracoviensis pariter uno suis Judicibus contententur. Daher findet sich auch in der vom Herrn Bischof von Luck in seiner Geschichte Tom. VI. S. 31. aus einem Manuscript der königlichen Urkundensammlung angeführten Bescheinigung Kasimir des Großen vom 22sten November 1335. also über jeden Jahr vor der Gesetzes

vor König Wladyslaw Jagiello in gewisse Gränzen, und nur auf gewisse Verbrechen eingeschränkt gewesen ist.

C 4

S. 9.

lung zu Wislie, zu welcher auch die vermeinte neue Einrichtung der Landrichter gehört) ein Patek de Bogrey Sandomiriae *Judex provincialis* mit unterschrieben, welches niemand anders seyn konnte, als einer der damals schon existirenden Landrichter des Landes Sandomir.

Eben so hatte Polen vor Kasimir dem Großen seine Rechtsitten und Gebräuche. Die ganze Gesetzgebung dieses Königs in der großen Versammlung der Nation zu Wislie im Jahr 1347. ist, einige Verbesserungen schon vorhandener Gerichtsstellen ausgenommen, bloß Entscheidung der an den König gediehenen Fälle nach den damals noch ungeschriebenen Rechten der Nation, nur daß diese Entscheidungen und Verhandlungen nunmehr für die Nachkommen schriftlich verfaßt wurden. Oder es ist Erneuerung alter Policyverordnungen,

Wenn nun aber, meiner Meinung zu-
folge, schon vor der Regierung Wladys-
law

wie in cap. Cum in usurarum, oder
Verbesserung einiger Mißbräuche. So wer-
den z. B. die Succumbenzstrafen bey Ap-
pellationen von den verschiedenen Gerichts-
barkeiten näher bestimmt und bemerkt, daß
die Appellationes vulgo Nagany genannt
würden. Selbst ienes berühmte Statut,
wo dieser König auf den Todtschlag Geld-
strafe sezet, hat durch seinen Eingang:
*Quamvis occidens hominem secundum
Dei et legum Sanctiones esset poena
capitali plectendus: Nos tamen rigo-
rem illum temperantes statuimus* —
mehreren die Meinung beigebracht, daß
dieser König der erste Urheber der Geld-
strafen für Todtschlag gewesen sey, da wir
doch oben (S. 4. Anmerkung ****) gesehen
haben, daß schon in Wladyslaw Zerr-
manns Zeiten ein Wehrgeld gebräuchlich
gewesen ist.

law Jagiello's der gefessene Terrigena nur alsdann gleich in Verhaft genommen werden durfte, wenn er auf der That, auf einem unter die Jurisdiction des Capitanei gehörigen Verbrechen ergriffen war: wie kam es denn, daß unter der Regierung dieses nur erwähnten Wladyslaw die Terrigenae dieses ihr in Landesbrauch gegrüntetes Vorrecht durch ein königliches Versprechen an die Nation feyerlich befestigen ließen, und es also zu einem Grundgesetz erhoben? Daß eine Veranlassung dazu da gewesen sey, daran wird niemand zweifeln: aber die Geschichte meldet die besondere Veranlassung nicht. Ich glaube aber doch in den Statuten dieses Wladyslaws Winke zu finden, welche die besondere Veranlassung anzudeuten scheinen, nemlich wiederholte Eingriffe des Königes und seiner

Capitaneorum in das durch Landesbrauch hergebrachte Vorrecht der Terrigenarum, vermöge welches kein Terrigena, welcher mit Gütern angefessen war, und keiner, welcher durch einen seiner ansässigen Mitbrüder Caution machte, vom Capitaneo wegen eines unter dem Capitaneo gehörigen Verbrechens gefänglich eingezogen werden durfte, er sey denn auf der That ergriffen oder aber gerichtlich gehörig seines Verbrechens überwunden worden. Um die Gründe dieser Meinung darzulegen, muß ich in die Justizverfassung der ältern Zeiten tiefer eingehen, als bisher von andern geschehen ist. Vorher aber muß ich noch etwas von den Terrigenis sagen.

S. 10.

Wer war denn der Terrigena? Es war der ohne Staats- und Hofamt auf seinen

Gü-

Gütern lebende oder sonst von Hofgeschäften entfernte Edelmann (der Ingenuus,) welcher unter diesem Rahmen immer von den in Hofämtern und Diensten stehenden Baronibus und Nobilibus unterschieden wurde, wie auch in Polen die Formel: Nos cum Baronibus et Nobilibus, die in alten Zeiten bey Staatsverhandlungen und öffentlichen Einrichtungen gewöhnlich war, zeigt, indem die Unterschriften belehren, daß diese Barones und Nobiles die in Hofämtern stehenden Terrigenae waren. Das ganze Korps der Terrigenarum, mit Ausschluß der Prælatorum, Baronum et Nobilium wurde *Communitas Terrigenarum* genannt, wie z. B. Vol. Leg. Regni I. p. 62. die Formel noch unter **Wladyslaw Jagiello** vorkommt: *Principes, Prælati, Barones et Nobiles, totaque Communitas Terrigenarum*

Ter-

Terrarum Regni Poloniae. Doch dieses war im Anfang der Regierung dieses Königs. Denn schon unter ihm fieng diese Art von Distinkzion zwischen dem Adel an in Abnahme zu gerathen, und Nobilis und Terrigena wurden völlig gleich bedeutend, wie sie es von der Zeit an bis zum heutigen Tage sind. Dahero auch in den spätern Statuten des nur gedachten Königes die Ausdrücke Nobilis und Terrigena schon völlig als gleichbedeutend gebraucht werden. 3. B. Vol. Leg. I. p. 92. dignitates — nulli extraneo Terrigenae, nisi Nobili bene merito illius Terrae, in qua dignitates vacaverint — conferemus und p. 93. Privilegia Ecclesiis, Terrigenis, Civitatibus concessa, in welchem letztern Beyispiel, wie man siehet, der ganze adliche Stand ohne allen Unterschied unter dem Ausdruck: Terrigenae begriffen

fen ist. Den Terrigenis also, das ist, dem gesammten Adel bestätigt Wladyslaw Jagiello in seinem berühmten §. 2. angeführten Statut das Vorrecht, dessen mehrmahls erwähnt worden ist. Nun gehe ich zur Untersuchung der Justizverfassung in Polen in alten Zeiten.

§. II.

Der Herr Bischof von Luck, Naruszewicz, in seiner mehrmals angeführten Geschichte der Polen Tom. II. p. 256. not. i. will, daß die polnischen Herzoge und Könige vom piastischen Stamm die gerichtliche Gewalt in bürgerlichen und peinlichen Sachen durchgehends besaßen, und durch die Kastellane über den Adel eben sowohl, als über die Unterthanen des Adels, ausgeübt haben; der Kastellan sey auch Comes genannt worden und der Dis-
trikt

strift seiner Gerichtsbarkeit habe Castella-
tura geheißen, und dieses sey, wie er an
einem Orte meint, mit der Comitiva
einerley gewesen; die germanisirenden Herz-
zoge von Schlessen hätten zuerst ange-
fangen die in Deutschland bekannten Nah-
men Capitanei, Burggrabii, anstatt des bis-
herigen Nahmens Castellani, einzuführen,
weßwegen er auf Sommersbergen verweis-
set. Diese Bemerkungen des polnischen
Geschichtsforschers lassen sich schon aus den
ältern Statuten von Kasimir dem Gro-
ßen, und Wladyslaw Jagiello, theils
sehr verbessern, theils ergänzen. Aller-
dings hatte der Kastellan in Polen eine
Jurisdiktion; aber sie war gar nicht so
allgemein, nicht so ausgebreitet, wie Hr.
Naruszewicz behauptet, und der Capita-
neus war ein vom Castellan sehr verschied-

dener

dener Beamter, welches aus den Bemerkungen, die nun folgen werden, unwidersprechlich erhellet.

§. 12.

Echon vor der Regierung König Kasimir des Großen waren in Polen zweyerley Kastellanien, nemlich Kastellanien des Königs, und Kastellanien anderer Richter, welche letztere in ihrem Bezirk vollkommen eben die Rechte ausübten, welche der königliche Kastellan in dem seinigen hatte. Kasimir der Große redet davon in seinen Statuten, als von einer längst bekannten Sache. „Statuimus,“ sagt er, quod Kmetho (ein Bauer) occidens Kmethonem pro poena homicidii *Castellaniae*; in qua homicidium fuerit commissum, vel ei; in cuius *Jurisdictione* homicidium hoc est perpetratum, quatuor, con sanguineis vero interfecti sex Marcas persolvat,

vat, qui si non fuerit in solvendo, capite puniatur. Vol. Leg. I. p. 25. und noch deutlicher zur Sache eben daseibst p. 28. Decernimus, quod ad proximiozem Castellaniam, siue fuerit *regalis*, siue *alterius cuiuscunque Fudicis*, iumenta damnum passus depellendi habeat facultatem.“ Hatte etwan der Kastellan des Königs bloß in den Domänenstücken eine Jurisdiction? hatten etwan die übrige adliche Güter verordnete *Judices terrestres* ihre Kastellane, welche auf adlichen Gütern die Gerichtsbarkeit ausübten, welche dem königlichen Kastellan in den Domänen des Königs zustand, das heißt über Todtschlag und einige andere *Policeysachen* zu richten? Denn daß, der gemeinen Meinung entgegen, *judices terrestres* schon vor Kasimir dem Großen existirt haben, ist oben erwiesen worden.

(Anm.

(Anm. *****) Auch ist, wenigstens was spätere Zeiten betrifft, ziemlich gewiß, daß z. B. unter **Wladyslaw Jagiello** die *Judices terrestres* eine Art von Cognition in den zum Ressort des königlichen Capitanei sogar gehörigen Verbrechen mit hatten. Dieses erhellet nicht undentlich aus folgenden Worten des §. 2. in extenso angeführten jagiellonischen Statuts: „*Nul- lum Terrigenam — capiemus — nisi ratio- nabiliter in Judicio convictus, et ad manus nostras vel nostrorum Capitaneorum per Ju- dices eiusdem Terrae, in qua ulem Terrigena residet, praesentatus fuerit.*“ Wie weit aber in solchen Fällen die Gewalt der Landrich- ter gegangen seyn mag, kan ich in Er- mangelung mehrerer Hülfsmittel eben so wenig, als die eigentliche Beschaffenheit der zwiefachen Kastellanien, bestimmen.

Ferner, was auch immer die, nach des Herrn Naruszewicz Ausdruck, germanisirenden Schlesier, mit Substituierung der Capitaneorum in die Stelle der ehemaligen Kastellane, gethan haben mögen: (denn ich kan den Sommersberg, auf den sich der Herr Bischof von Lucc hieben be- ruft, jetzt nicht brauchen, um diese Mei- nung zu prüfen) so bleibt noch bey Polen immer die vom Herrn Naruszewicz nicht aufgelöste Frage übrig, warum verdräng- ten denn bey den nicht germanisirenden Polen die Capitanei nicht auch die Castella- nos? Noch heutiges Tages existiren bey ihnen Kastellane und Capitanei (Starosten) als ganz verschiedene Beamte, und schon lange vor Kasimir des Großen Zeiten haben eben diese, als ganz verschiedene Beam-

Beamte, existirt. Dieser König redet in seinen Statuten von den Capitaneis so, daß man nicht den geringsten Grund zu einer Vermuthung darinnen antrifft, daß der Capitaneus etwa ein unlängst aufgekommener Beamter sey, vielmehr kan man im Gegentheil aus dem Umstande, daß, wie ich zeigen werde, ein jeder dieser Beamten eine verschiedene Gerichtsbarkeit ausübte, mit Grunde schließen, daß in Polen beyde gleich alt sind. Und auch schon aus diesen Umständen ist die wegen Schlesiens von Herrn Naruszewicz geäußerte Meinung gar nicht wahrscheinlich.

Ich finde in Gundlingianis, im 21. Stück S. 36. aus Bekmanns Anhalt. Geschichten eine Stelle bemerkt, nach welcher der Anhaltische Fürst Albertus Junior den Titel eines Capitanei und Conservatoris pacis er-

halten hat, und Gundling bemerkt das
 bey, daß mehrere Landfriedensrichter un-
 ter dem Titel: *Capitanei* gewesen sind, und
 unter Direktion des Pfalzgrafen zu Sachs-
 sen den von Kaiser Rudolph dem Er-
 sten 1290. errichteten Landfrieden in Sachs-
 sen gehandhabt haben. Aus dieser Stelle
 schließe ich, daß dieser Titel in Deutsch-
 land schon lange vorher gebräuchlich ge-
 wesen seyn müsse, ob er gleich in dem
 Landfrieden Kaiser Friedrich des Ersten
 von 1187. nicht mit befindlich ist, so viel
 ich wenigstens aus dem daraus bey Püt-
 ter Handbuch der deutschen Reichshistorie
 S. 279. befindlichen Excerpt urtheilen
 kan. Es kan seyn, daß, wenn die Be-
 nennung *Capitanei* in dieser Art schon un-
 ter Friedrich dem Ersten in Deutsch-
 land gebräuchlich gewesen wäre, Kasimir
 der

Der Gerechte, welcher, wie schon oben aus Herrn Naruszewicz Geschichte der Polen bemerkt worden ist, als Geißel für seinen Bruder sich bey diesem Kaiser arf gehalten hat, diesen Titel mit nach Polen eingeführt und eine Benennung, welche in Deutschland eigentlich den zum Gericht gegen Faustrecht und in Befehdungen versordneten Herren beygeleget wurde, auf den in Polen mit dem Blutbann belehnten herzoglichen Richter übertragen haben mag. Gewiß ist es aber, daß der Capitaneus und der Judex Castri ein und derselbe Beamte gewesen sey. Diese letzte Benennung findet sich in einem bey Herrn Naruszewicz Geschichte der Polen Tom. VI. S. 202. befindlichen Privilegio, welches nur gedachter Kasimir einem gewissen Wichfried im Jahr 1186. ertheilet hat, und

vorinnen es heißet: Insuper dedi — non
provocari coram Iudice Castri, vel coram
Castellano, vel etiam coram Palatino, sed
tantum coram Domino Duce. Ohngeachtet
nun in diesem Privilegio der Iudex Castri,
und der Castellanus offenbar zweien ganz
verschiedene Beamte sind: so sezet doch
der Herr Bischof von Luck bey den Wor-
ten Iudice Castri in Parenthese folgende
Erklärung hinzu: der Kastellan oder
dessen Unterrichter: und das bloß, um
seiner einmahl angenommenen Meinung
treu zu bleiben, nach welcher der Castellanus
unter den Pfaffen alle bürgerliche und pein-
liche Sachen gerichtet haben soll, da doch
in nur angeführten Worten des Privilegii
der Kastellan unmittelbar nach dem Iudice
Castri ausdrücklich genannt wird, auch die
Unterrichter der Kastellane niemahls Judi-

ees Caſtri, ſondern immer Judices Caſtella-
 norum vel Subiudices genannt worden ſind.
 Daß aber der Judex Caſtri und der Capita-
 neus ein und derſelbe Beamte geweſen ſey,
 erſiehet man unter andern auch daraus,
 daß, noch heutiges Tages die Gerichte
 der Grodſtaroffen (Capitaneorum) Judicia
 Caſtrenſia Capitanealia heißen. Der bey
 den ältern polniſchen Geſchichtſchreibern
 vorkommende Comes iſt der Capitaneus un-
 ter anderer Benennung, wie ſich aus dem
 zeigen wird, was ich in der Folge ſagen
 werde. Dieſer Capitaneus nun muß ſchon
 frühe ein Gegenſtand des Argwohns der
 Nation geweſen ſeyn, weil er das Werk-
 zeug der gerichtlichen thätlichen Gewalt der
 Könige und Herzoge war. Einen Beweis
 hievon ſiehet man in einem Statut Ka-
 ſimir des Großen, welches ich ganz

hieber setzen will. Statuimus, sagt dieser
König, Vol. Leg. I. p. 48. quod si aliquis
eoram *Nobis vel Nostro Capiteano* de aliquo
crimine vel maleficio fuerit accusatus et ad
ostendendam suam Innocentiam per *Nos* vel
Nostrum Capiteanum non fuerit admissus et
ob hoc ipsum fugere contingat, et ne hu-
iusmodi fuga ad infamiam reputetur idem fu-
giens coram Reverendissimo in Christo patre
Episcopo Cracoviensi aut Palatino Cracoviensi
aut Sandomirienfi protestabitur, quod *Nos*
aut *Capiteanus Noster* ad expurgandum ip-
sum admittere noluimus, et tales praenotati
aut Palatinus Noster illius Terrae profugo treu-
gas duorum mensium dare poterit et ipsum
profugum servare, intra quod tempus idem
Palatinus apud *Nos* vel nostros Successores
eidem profugo quaerat gratiam et favo-
rem, ut ipsum ad justitiam admittamus.

Quae

Quae si praedictus Palatinus non poterit obtinere, quod eundem videlicet ad expurgandam innocentiam suam admittere nollemus, extunc Palatinus ad metas terrae suae illum conducere tenebitur, qui a tempore Conduc-tus Palatini infra annum Terrae, Regno et Terrigenis nocumenta inferre non debet, uxore sua in Bonis suis pacifice intra annum praedictum dimissa in quiete, quo anno evoluta, intra quem gratiam Nostram semper quaerere debeat, et si ipsam invenire non poterit et praefatus profugus aliqua nocumenta Regno vel Terrigenis intulerit, propter hoc infamis non debet reputari, nec ipsum per Terrigenas captum ad montem *Nobis* aut *Nostro Capitano* dare tenebuntur, nec propter hoc indignationem aut offensam Nostram incurrant Terrigenae supra dicti. —

Endlich ist es unrichtig, daß die Castellane im Rahmen der Herzoge und Könige die Gerichtsbarkeit in peinlichen und bürgerlichen Sachen gehabt haben sollen. Sie richteten bloß über Todtschlag, einige andere kleine Sachen ausgenommen. Alle andere den Land- und Hausfrieden störenden Verbrecher waren den Capitaneis unterworfen. *Pro capite quolibet*, sagt Kasimir der Große in seinem Statut (Vol. Leg. I. p. 7.) *Castellanorum Judices quilibet in sua Castellania judicandi habeat facultatem* und ebendasselbst S. 26. *Si ignoretur, quis commisit homicidii immanitatem, quod Castellania de hoc aliquam non moveat quaestionem, sed consanguinei culpabilem requirentes, Causam, dum poterunt, prosequantur.* Also über Todtschlag richteten

die

die Kastellane. Von andern Verbrechen hingegen saget eben dieser König in seinen Statuten (Vol. Leg. I. p. 51) In Causis Criminalibus in absentia accusatoris seu actoris, cuius interest, *Nos vel Nostri Successores aut Capitanei Nostri* cognoscere non debemus, nec aliquem hominem condemnare, nisi convictum Iudicio. Was für Causae Criminales aber der Jurisdiction der Capitaneorum angewiesen waren, erhellet aus einem Statut König **Wladyslaw Jagiello's** vom Jahr 1420., welches auf angebrachte Beschwerden gegen Eingriffe dieser Beamten, dieselben in ihre Gränzen zurückweist. Relatum est Nobis, quod Capitanei Terrarum nostrarum communiter Causas quascunque, quae minime dignoscuntur ad eos pertinere, iudicant, sententiant et discernunt; volentes igitur imponere modum
judi

judicandi decernimus, quod Capitanei non debeant alias Causas, praeter infra scriptos Articulos judicare; scilicet: pro violentia focinarum, pro depraedatione Stratae publicae, pro incendiis et immissione ignis, pro violenta domicilii invasione. Vol. Leg. I. p. 78. Dieser Zurückweisung in ihre Gränzen ungeachtet hörten diese Beamte nicht auf, sich mit der Zeit neue Eingriffe zu erlauben, und wurden daher wiederum von den Königen Johann Albrecht im Jahr 1496. und Alexander im 1505. Jahre eingeschränket.

S. 15.

Die vier in dem obenangeführten jagiellonischen Statut von 1420. angeführten Verbrechen waren also eigentlich die vier Zentsfälle in Polen, welche vor die königlichen Capitaneos gehörten. Diese Fälle haben

ben sich auch auf die folgenden Zeiten unter dem Nahmen: quatuor Articuli Judicii Castrensis erhalten. So heißen sie unter andern in dem actu Confoederationis generalis Varsoviensis vom Jahr 1587. S. 3. Wer, sagt dieser actus, sich unterstehen sollte, während diesem Interregno (nach König Stephans Tode) Gewaltthätigkeiten auszuüben, welche enthalten sind in quatuor Articulis Judicii Castrensis: tum homicidiorum etc. *****); und eben diese Worte sind in dem actu Specialis Confoederationis der Wojwodschafft Krakau desselben Jahres befindlich. Vol. Leg. II. p. 1055. 1069.

S. 16.

*****) Das homicidium, welches hier besonders genannt wird, war also nicht ursprünglich ein Articulus Castrensis.

S. 16.

Warum aber mögen diese Gattungen von Verbrechen der Gerichtbarkeit des Capitanei unterworfen gewesen seyn? Ohne Zweifel deswegen, weil dieselben mit dem Tode, oder mit Ehrlosigkeit oder Einziehung des Vermögens bestraft wurden,
und

Wir haben S. 14. gesehen, daß der Kastellan, nicht aber der Capitaneus darüber Richter war. Es ist also in dem Volum. Legum, die bey den Patribus P. Sch. zu Warschau herausgegeben worden sind, und deren Seitenzahlen ich anführe, in dem, S. 2. dieser Abhandlung in extenso angeführten Jagiellonischen Statut ein Irthum eingeschlichen, wenn es daselbst heißt: — in maleficio publico, utpote homicidio voluntario, incendio und so weiter. Auch findet sich das Wort: homicidio bey dem in Praxi

und in dergleichen Sachen in delictis privatis (denn von Staatsverbrechen wird weiter unten geredet werden) stand, so wie in Deutschland dem mit dem Blutbann belehnten Grafen, in der Regel, also auch in Polen dem mit diesem Banne belehnten

Capi-

so vorzüglich geschätzten Herbut und andern der ältern Sammler nicht, welche, ohne Erwähnung des homicidii so lesen, wie ich S. 2. dieser Abhandlung angeführt habe. Noch zu Ende des vorigen Jahrhunderts rechnet ein damals berühmter polnischer Jurist, Zawadzki das homicidium a Nobili in Nobilem commissum zur Jurisdiction der Reichstagsgerichte, woraus ich schliesse, daß noch damals das homicidium zum Ressort der Kavitanalgerichte nicht gehört haben müsse.

Capitaneo die Gerichtsbarkeit zu. *****)
 Es ist zwar in den Statuten der ältern
 Könige nicht durchgehends genau bestimmt,
 mit was für Strafen eigentlich diese Gat-
 tungen von Verbrechen belegt werden sol-
 len, und ich muß größtentheils spätere
 Gesetze zu besserer Bestimmung der Stra-
 fen zu Hülfe nehmen. Indessen läßt die,
 Auch in diesen spätern Zeiten der Könige
 Jo:

*****) Diese Aehnlichkeit der Capitaneorum
 in Polen mit den ehemaligen Grafen in
 Deutschland ist ohne Zweifel die Ursache,
 daß noch heutiges Tages im gemeinen
 Leben Edelleute, die eine Grodskarostey
 besessen haben, sich mehrmahls Grafen
 nennen, und ihre Nachkommen sich
 gleichfalls mit diesem Titel belesen las-
 sen. Daher viele gräfliche Titel in Po-
 len, welche weder vom Staat anerkannt
 werden, noch eine auswärtige Standes-
 erhebung zum Grunde haben.

Johann Albrecht und Alexander, noch immer rohe Gesetzgebung leicht vermuthen, daß man sich bey derselben ans Herkommen gehalten habe. Die an einer Weibsperson verübte Gewaltthätigkeit setzte, einem §. 6. angeführten Statut Kasimir des Großen zu folge, den Verbrecher in *Gratiam Regis et amicorum foeminae*; die Statuten Johann Albrechts bestimmen deutlicher die Ehrlosigkeit. Vol. Leg. I. p. 504. Gewaltsame Störung des Hausfriedens zog den Verlust des Lebens nach sich, wie aus eben dieses letztgenannten Königs Statut erhellet. Der Nordbrenner hatte ebenfalls das Leben verwirkt, wie aus Kasimir des Großen Statut zu schließen ist, wo dieser König im Ein gange (Vol. Leg. I. p. 36.) sich auf die *Leges imperiales* beziehet, welche den incendia-

rium zum Tode verdammen, und hinzusetzen, es sollen also die Incendarii poena condigna bestraft werden. Wer zum drittenmale des Straßenraubes überzugen und überwunden worden war, wurde Ehrelos. Ich schließe dieses daraus, daß nach den Gesetzen unter Kasimir dem Großen am angeführten Orte S. 33. derjenige, der eines Diebstahls zum drittenmale gerichtlich überwunden worden war, seiner Ehre verlustig wurde, einem andern Statut aber eben dieses Königs S. 30. zufolge einem Straßenräuber eben die Rechtswohlthat zustand, welche dem des Diebstahls beschuldigten diene, nemlich daß, wenn einer sowohl als dieser sonst bey seinen Nachbarn in keinem übeln Rufe stand, und vorher noch nie eines Straßenraubes oder Diebstahls angeklaget worden war, durch

durch seinen Eid sogleich der Anklage ledig wurde. Aus gleichen Rechtswohlthaten in einem solchen Falle schließe ich auf gleiche Strafe. Ob es aber mit einem auf der That ergriffenen Straßenräuber und Diebe anders gehalten wurde, läßt sich nicht bestimmen. Uebrigens mag eben diese Strafe auf den Diebstahl, die Ehrlosigkeit, die Ursache seyn, daß das Furtum in den §. 2. angeführten spätern Zagiellonischen Statuten mit ausdrücklich angezeigt worden ist, welches in dem ältern §. 14. angeführten sich nicht befindet, und unter den ursprünglichen darinnen angezeigten Articulis Judicii Castrensis nicht mit aufgeführt ist.

§. 17.

Nun will ich die aus obigen Bemerkungen sich ergebende Resultate kurz zusammenstellen. Schon in der ältesten Geschichte

Polens findet sich der Judex Castri, welcher auch Capitaneus und Comes hieß. Ein von diesem ganz verschiedener Beamter war der Kastellan. Es waren, wahrscheinlich schon etwas später, aber schon vor Kasimir dem Großen gewiß, zweyerley Kastellanen, königliche und die Kastellanen anderer Richter, vielleicht der Landrichter. Die Kastellanie richtete über Todtschlag: die Capitanei aber über Nothzucht, gewaltsame Störung des Hausfriedens, Brand und Straßenraub, dazu auch über Diebstahl. Wer auf einem dieser zuletzt spezifizirten Verbrechen ergriffen worden war, wurde, wenn er auch gleich ein ansässiger Terrigena war, dennoch mit Recht sogleich gefänglich eingezogen. Wurde er aber nicht auf der That ergriffen, sondern des Verbrechens erst hinterher beschuldigt,

biget, so mußte er erst vorgeladen und des Verbrechens gebührend überwunden worden seyn, ehe und bevor er zu gefänglicher Haft gebracht werden konnte.

S. 18.

Dieses sind nun die Gründe, auf welchen meine oben geäußerte Meinung beruhet: Daß das Statut des Königs Wladyslaw Jagiello eine Frucht des Bestrebens der Nation sey, den königlichen Capitaneum und dadurch den König selbst, in Absicht auf die Gewalt zu inhaftiren, einzuschränken, und ein vorher in Landesbrauch beruhendes Vorrecht der Possessionirten oder mit fremder Possession Sicherheit bestellenden Terrigenarum durch ein Pactum des Königs mit der Nation zu einem Reichsgrundgesetze zu erheben und es dadurch desto fester und sicherer zu machen.

Man setze in dieser Absicht vorzüglich folgende zween Umstände zusammen. Erstens, die Capitanei richteten über alle Privatverbrechen, die mit dem Tode, mit Ehrlosigkeit oder Einziehung des Vermögens bestraft wurden, nemlich: Nothzucht, Mordbrand, gewaltsame Störung des Hausfriedens, Straßenraub und auch Diebstahl. Zweytens, in dem Jagiellonischen Pakte, der Basis der Verpflichtung aller nachfolgenden Könige über diesen Artikel, sind gerade eben die Verbrechen ausdrücklich spezifiziret, welche zum Ressort des Capitanei gehören. Das Obiect des berühmten Jagiellonischen Statuts ist also kein anderes, als bloß, die Einschränkung der gerichtlichen Gewalt der Capitaneorum, und also der Könige, welche diese Gewalt durch die Capitaneos ausüben. Alle Hülfsvollstreckungen, alle
main

mainforte, zu den Dekreten der verschiede-
 nen Landesbikasterien in Polen erforder-
 ten, so wie größtentheils noch heutiges
 Tages, königliche Gewalt, und diese ver-
 liehe der darum requirirte Capitaneus.
 Aber ehe und bevor derselbe von dem Ge-
 richt, von welchem das Urtheil gefällt
 war, requiriret worden war, konnte er
 sich in nichts mischen und seine Gewalt
 nicht brauchen. Hingegen in den Fällen,
 welche eigentlich für sein Forum gehörten,
 konnte der Capitaneus die ihm anvertraute
 Gewalt allerdings mißbrauchen, und die
 Nation fand für nöthig, den König durch
 ein feyerliches seine Gewalt einschränkendes
 Versprechen fester zu verbinden. Es ge-
 het also aus diesem allen deutlich hervor,
 daß das berühmte Jagiellonische Statut:
 Nullum Terrigenam possessionatum u. s. w.

den mit Gütern ausfäzigen oder mit fremder Possession Kauzion bestellenden Edelleuten ursprünglich bloß in dem Fall zu strafen kommen könne, wenn sie eines zur Gerichtsbarkeit des *Capitanei* (Grodstarosten) gehörigen Verbrechens beschuldigt worden. Staatsverbrecher hingegen, und andere Verbrecher, deren Untersuchung und Aburtheilung nicht vor den *Capitaneum* gehöret, können sich, wenn sie gleich nicht auf frischer That ergriffen worden sind, auf dieses Statut, ich sage, auf dieses Jagiellonische Statut, und also auch auf die darauf gebauten *Pacta Conventa* der nachfolgenden Könige, und die auf dieses Statut Bezug habende anderweitige Reichsgesetze, keinesweges berufen, wovon ich halb weiter reden werde.

§. 19.

Aus der Bestimmung nun, welche nur eben im vorigen §. aus den Gesetzen selbst abgeleitet worden ist, folgt, daß, wenn in den nach *Wladyslaw Jagiello* folgenden Zeiten, Verbrechen, welche im Statut dieses Königs nicht ausdrücklich angezeigt sind, zur Gerichtsbarkeit des Capitanei (Grodstarosten) geschlagen worden sind, alsdenn des gedachten Statuts Wohlthat auch denen allerdings zu statten kommen müsse, welche eines solchen, der Jurisdiktion der Capitaneorum in spätern Zeiten untergebenen Verbrechens, beschuldiget und angeklaget werden sollen. Das ist der Fall mit dem homicidio (§. 15. Anm. *****) dahero finden wir auch in dem im 2ten §. dieser Abhandlung in extenso angeführten sechsten §. des zweyten Separataktus des

im Jahr 1768. mit Rußland geschlossenen
Traktates, die Wohlthat des Jagielloni-
schen Statuts auch auf die eines homicidii
beschuldigten, auf frischer That nicht er-
griffenen homicidas, erstrecket. Eine zwote
Folge ist, daß, wenn in spätern Zeiten
Kriminalfälle, welche zum Ressort der Ca-
pitaneorum gehören, auf eine andere Ju-
risdiktion auf irgend eine Art mit über-
tragen werden, diese Uebertragung nicht
anders verstanden werden könne, als mit
allen den Einschränkungen, welche den Ca-
pitaneis die Hände binden. So ist in spä-
tern Zeiten das Tribunal die Appellazi-
onsinstanz von den in den Kapitanealgerich-
ten (Grodgerichten) gefällten Kriminalur-
theilen. Daher ist das Tribunal in Absicht
auf Inhaftirung ansäßiger oder Kauzion
bestellender Edelleute, durch das Jagiello-
nische

nische Statut, seinem wahren Sinne und Geiste gemäß, und durch die in spätern Zeiten auf dieses Statut gebauten Reichstagschlüsse, eben so eingeschränkt, als die Capitanei.

§. 20.

So, und nicht anders, nemlich: daß das Jagiellonische Statut, und alles auf diese Grundlage in den nachfolgenden Zeiten gebaute, keinen andern Zweck und Absicht habe, als bloß diese, die Gewalt der Könige in der Jurisdikzion ihrer *Capitaneorum*, und anderer, aus königlicher Gewalt über die vor die Capitaneos gehörigen Verbrechen richtenden Dikasterien einzuschränken in Absicht auf die Macht zu inhaftiren: so, sage ich, hat es zu allen Zeiten, was auch immer in unsern Tagen in verschiedenen Aufsätzen zu Behauptung

tung einer unumschränkten Ausdehnung des
 Jagiellonischen Statuts u. s. w. auf alle
 Verbrechen gesagt werden wollen, die Na-
 zion selbst in ihren Reichstagshandlungen
 erklärt. Man lese nur noch einmahl zu
 dieser Absicht mit Bedacht, wie der mehr-
 mals angeführte sechste S. des zweyten
 Separataktus vom Jahr 1768. sich aus-
 drücke: — *Igitur neque Serenissimo Regi fel-*
citer regnanti, neque Regibus Eius Successori-
bus, neque quibusvis eorum Magistratibus,
neque cuiquam alii — licitum erit — u. s.
 weiter. Und denn folgen die Ausnahmen
 von dieser Regel mit einer Spezifikation
 von Verbrechen, welche mit den Worten,
 die ich aus diesem S. eben angeführt habe,
 zusammen gehalten, ganz offenbar zeigt,
 daß dieser ganze S. des Separataktus bloß
 eine Einschränkung der königlichen Ge-
 walt

walt in der Kapitanealgerichtsbarkeit zum einzigen Zweck habe, bey welcher Gelegenheit aber zugleich in den Worten *Neque cuiquam alii* das Verbot erneuert wird, daß sich kein Edelmann unterfangen soll, *privata autoritate* einen andern Edelmann gefangen zu setzen. Denn immer hat die Nation den, mit der Inhaftirung in Fällen, welche im Jagiellonischen Statut u. s. w. nicht ausdrücklich ausgenommen sind, zufahrenden **Starosten** (*Capitaneum*) mit demienigen, welcher *privata autoritate* einen andern Edelmann gefänglich hält, völlig in eine Klasse gesetzt, und für beyde einerley Strafe bestimmt. Sehr deutlich drüket dieses die Reichstagskonstitution von 1558. aus, die ich hier ganz aus dem Polnischen übersetzen will, und deren Schlusßworte insonderheit die in dieser Abhandlung ausgeführte

fährte Meinung des Jagiellonischen Statuts ganz eigentlich bestätigen. „Wenn ein Edelmann, sagt die gedachte Konstitution, einen Edelmann mit Vorsatz und gewaltsamerweise fest nehmen, und privata autoritate in Verhaft halten würde: so soll derselbe um hundert und zwanzig Mark gestrafet werden, und soll ein halbes Jahr im Thurm im Grunde sitzen pro poena publica, daß er einen ihm gleichen festgenommen und gefangen gesezet habe: und wiederum soll er dreymahl so lange sitzen, als er denselben gefangen gehalten hat sub poena infamiae. Außerdem ist er schuldig allen Schaden zu ersetzen, welchen der Actor eyndlich erhärtet, und hätte dieser Wunden bekommen, soll sie ihm iener gesezmäßig bezahlen, worüber das Landgericht ex Scrutinio erkennen soll. Und sollte die Loslassung

lassung aus einer solchen Gefangenschaft nicht erfolgt seyn: so soll ein ieder Verwandter oder Freund, wie auch ein Diener für seinen Herrn, und ein Herr für seine Diener, berechtigt seyn, auf die Gerichtskadenz ins Grod peremptorie vorzuladen und der Staroste soll auf Befreyung und Loslassung eines solchen Gefangenen, *sub poena bannitionis citra quamvis appellationem et prosecutionem ipsius*, gegen den, der diesem Dekret kein Genügen thut, erkennen, wovon jedoch ein Diener, der ein offener Dieb oder Verräther ist, ausgenommen ist. Eben dieses soll sich auch auf den Starosten beziehen, wenn er *sub prae-textu Officii* iemand in Verhaft nehmen würde, *excepto Jure victo, et recenti crimine.*“ Vol. Leg. II. p. 1214.

Kein Staatsverbrecher also, wenn er gleich mit Gütern angeessen wäre, könnte sich gegen Inhaftirung bis zu Ausgange seines Prozesses mit dem Jagiellonischen Statut und *Pactis conventis* der Könige schützen, weil Staatsverbrechen niemahls der Jurisdikzion der Capitaneorum unterworfen worden sind. Ueber Maiestäts- und Staatsverbrechen richtete in Polen in ältern Zeiten, eine vom Könige *ex paribus* niedergesezte Kommission, ähnlich dem *Judicio Principum* im deutschen Reich unter Otto dem Großen und seinen Nachfolgern. Ein deutlicher Beweis hievon findet sich in einem Statut König Kasimirs, Sohnes des K. Wladyslaw Jagiello, nach welchem die Errichtung und Erhebung eines Privatzolles mit Konfiskation der Güter,

Güter, auf welchen der Zoll erhoben worden, bestraft wird: tamen, heißt es da weiter, Dominus Rex Judicium locabit et praesidentes illi sententiam ferre debent iuxta dispositionem Articuli praesentis. Vol. Leg. I. p. 153. Da späterhin Reichstagende Stände sich förmlich gebildet hatten, wurden Staatsverbrechen an den Reichstag genommen, welcher in pleno oder auch durch einen Ausschuß darüber erkannte. Der Fall mit den Zborowskern unter König Stephan; die Konstitution unter Siegmund dem Ersten vermöge welcher, außer den Senatoren, als Räthen der Könige, jederzeit noch acht Landboten in einer solchen Kommission sitzen sollten, welche Anzahl im folgenden Jahrhundert zu zwölfen vermehrt wurde; der Fall mit dem Woiwoden Obuchowicz,

§

wel

welcher der Uebergabe der Festung Smolensk vermöge eines Einverständnisses mit den Moskowitern beschuldigt wurde, wie auch der Vorfall mit dem Pickarski, welcher sich an Siegmund den Dritten vergriff: alles dieses ist aus dem Hartnoch und andern Schriftstellern bekannt. Endlich im Jahr 1775. setzte der Reichstag ein beständiges Reichstagsgericht, und unterwarf der Jurisdikzion desselben die *Causas Maiestatis et Status, denegati Judicii, corruptionis Judicis, oppressi civis, periurii*. Es sind also in Polen eigentlich zweyerley Kriminalgerichtshöfe, nemlich solche die aus der ursprünglichen Gewalt der Herzoge und Könige von Polen herkommen, worunter die Kapitanealgerichte, und deren in spätern Zeiten errichtete Appellationsinstanz, die Tribunale,

bündle, gehören: und solche, welche unmittelbar von der in den drey Ständen des Staats residirenden souveränen Gewalt herfließen, nemlich die Reichstagsgerichte. Da jene, aus der ursprünglichen Gewalt der Herzöge und Könige herstammende peinliche Gerichte ihre bestimmte Gränzen, innerhalb den ihnen namentlich und ausdrücklich unterworfenen Verbrechen, haben, so folgt, daß diesen Kriminalgerichten nicht ausdrücklich untergebene Verbrechen, an den Reichstag gehören. Daher siehet man unter den, dem Reichstagsgerichte im Jahr 1775. unterworfenen Verbrechen, auch *delicta privata*. Daher rechnet Zawadzki, ein berühmter polnischer Rechtsgelehrter gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts, in seinem Prozeß tit. ult. unter die vor ein Reichstagsgerichte gehörigen Verbrechen auch das *Adul-*

terium, den Incestum, u. s. w. unter Edelent-
 fen. *****) Es ist auch hievon schon oben
 (§. 15. Anm. *****) etwas gesagt wor-
 den. Vor dem 1775ten Jahre waren die
 Reichstagsgerichte in Polen im Grunde
 eben das, was in andern Ländern die zu Un-
 tersuchung eines Staatsverbrechens iedes-
 mahlig niedergesetzte Kommissionen sind, und
 nach dem 1775ten Jahre sind sie eine be-
 ständige Kommission, welche, den aus-
 drücklichen Worten der Konstitution zufolge,
 bevollmächtigt ist von einem Reichs-
 tage bis zum andern zu richten, und alle
 ordinäre Reichstage neuerewählte Beysitzer
 haben soll. Dieses Gericht ist das, was in
 der römischen Republik eine *Quæstio perpetua*
 war ;

*****) In Littauen ist das Adulterium aus-
 drücklich den Grodgerichten untergeben.
 Stat. Lit. Cap. 14, art. 30.

war; es fließt aus der souveränen Gewalt der zum Reichstage versammelten drey Stände des polnischen Reiches, eben so, wie die *Quæstiones perpetuæ* der Römer unmittelbar aus der souveränen Gewalt des römischen Volks flossen. Dahingegen die andern peinlichen Gerichtsbarkeiten in Polen, wie wir gesehen haben, andere Quellen und andere Eigenschaften haben.

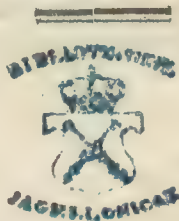
§. 22.

Wenn nun aber aus angeführten Gründen das Jagiellonische Statut, und alles was auf diese Grundlage in den *Pactis Conventis* und sonst gebaut ist, den eines Staatsverbrechens beschuldigten Personen nicht zu statuten kommen kan: so sollte man schließen, daß das Reichstagsgerichte, in den, demselben unterworfenen, außerhalb der Gränze der Kapitanealgerichtsbarkeit liegenden Verbrechen, freyere Hände habe, auch gegen gesessene Edelleute, nach Zeit und Umständen, vor oder bey erhobener Anklage, und währenddem Prozeß, mit der Inhaftirung zu verfahren. Aber man muß wohl erwägen, was ich eben

gesagt habe, daß das Reichstagsgericht seit dem 1775ten Jahre eine beständige Kommission ist, welche sich also innerhalb der Gränzen ihres Kommissorii, das ist, der Reichstagskonstitution, durch welche sie errichtet worden ist, halten muß. Nun haben aber die für die Freyheit der Nation auf allen Seiten besorgte, und den großen Einfluß des Jagiellonischen Statuts zu Erhaltung der Freyheit an dem Beyspiel der an dieses Statut gebundenen Gerichte sehenden Stände nicht für 'gut gefunden, die Gewalt der Reichstagsgerichte so weit auszudehnen, daß sie, nach Befinden der Umstände, gegen einen gefessenen Edelmann vor gerichtlicher Ueberwindung desselben mit der Inhaftirung verfahren könnten. Sie haben es beym Anklageprozeß bewenden lassen, welcher, wahrscheinlicherweise vermöge einer Seitenwirkung des Jagiellonischen Statuts auf die Ideen der Nation, gegen einen gefessenen oder verhängten Angeklagten, bey keinem Gerichte, in der Regel, Inhaftirung vor gerichtlicher Ueberwindung mit sich führt. Was also bey
den

den aus königlicher Gewalt ursprünglich fließenden peinlichen Gerichten das Lagenionische Statut wirkt, das wirkt bey dem aus der suveränen Gewalt der Stände herstammenden Gerichte, der Mangel der Gewalt aus einer andern Ursache, nemlich, daß selbige in dem Commissorio nicht mit ertheilt worden ist. Aber eine ganz andere Frage ist es, ob die auf dem Reichstage versammelten Stände selbst nicht vollkommen Zug und Recht haben, die Gewalt der Reichstagsgerichte, in Absicht auf Inhaftirung eines, eines Staatsverbrechens anzuklagenden gefessenen Edelmanns, dahin auszudehnen, daß er, nach Zeit und Umständen, mit seiner eignen Person dem Gerichte sicher sey? oder ob die Stände nicht berechtiget sind, einem andern Landeskollegio aufzutragen, sich der Person eines solchen Anzuklagenden zu versichern? Allerdings stehet den versammelten Ständen des Reichs das Recht zu, dieses zu thun, weil sie weder durch das, bloß die Könige, und die aus ursprünglicher königlicher Gewalt herstammenden peinlichen Gerichte, ein-

schränkende Jagiellonische Statut und die darauf gebauten Konstitutionen, noch durch das, bloß den Reichstagsgerichten vorgeschriebene Kommissorium, noch endlich durch die, die angelobende Könige allein verbindende Pacta Conventa, auf irgend eine Weise gebunden sind. Wenn also bey dem Eingangs dieser Abhandlung gedachten Vorfall mit dem gedachten seines Geschlechtsnahmens, seiner Ehre und Würden verlustig erklärten, gewesenen Kron-Groß-Schatzmeister, in verschiedenen Aufsätzen dieses Recht der versammelten Stände in Zweifel gezogen, und denselben das Jagiellonische Statut und die dasselbe bestärkende Konstitutiones und königliche Pacta Conventa entgegen gesetzt werden wollen: so ist solches dem Geiste der Geschichte und der Analogie des Jagiellonischen Statuts und der gedachten Konstitutionen und Pactorum conventorum, und den aus der Staatsverfassung des Reichs sich ergebenden Begriffen gerade entgegen.



ar-
as,
ene
die
cra
den
fer
ge-
ner
ves
hies
ile-
fel-
elbe
acta
so
der
und
um
ver-
ffen

